

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Martin Ehlers

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Christina Heide

Beigeordneter Howard Jacques

Ratsmitglied Gesche Marxfeld

Beigeordneter Jörg Mückenwarf

Bürgermeister Uwe Reese

Ratsmitglied Detlef Schön

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok

Beigeordnete Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Andreas Tönjes

Ratsmitglied Michael von den Berg

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Andreas Lang

Ratsmitglied Christian Ressel

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Mirco Danner

Beigeordneter Thorsten Moriß

Ratsmitglied Irina Moriß-Kappes

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

fraktionslos

Ratsmitglied Sebastian Seidel

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Referatsleiter 2 - Referat für Umwelt, Bau und Feuerwehr Niksa Marusic

Referatsleiterin 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak

Gleichstellungsbeauftragte Cordula Franke

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller

Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Heike Jacobs

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

als Gast

Betriebsleitung Technische Betriebe Tim Menke

HNW Landschaftsarchitektur, Hildesheim Carsten Homeister

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 22

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 23

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.5	Landesgartenschau 2026 - Erstellung Bewerbungsunterlagen	147/2020
6.1	Änderung der Hauptsatzung	159/2020
6.2	Antrag der Gruppe CDU/WBV auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	
6.3	Ehrenamtliche Richterinnen/Richter am Verwaltungsgericht Oldenburg	133/2020
6.4	Richtlinie über die Verleihung der Stadtmedaille	146/2020
7.1.1	Antrag Gruppe CDU/WBV: Umsetzung des Tourismuskonzeptes	516/2020
7.1.2	2. Nachtragshaushaltssatzung 2020	143/2020
7.2.1	Antrag Gruppe GUS: Änderungen im Stellenplan des Fachbereichs Feuerwehr	533/2019
7.3.1	Bebauungsplan Nr. 77, 1. Änderung - Peter-/Mitscherlichstraße - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss	129/2020
7.3.2	77. Änderung des Flächennutzungsplans 1973 - Konverter westliche Coldewei - Entwurfsbeschluss	130/2020
7.3.3	Sanierungsgebiet "Östliche Südstadt" -Lebendige Zentren (ehem. Städtebaulicher Denkmalschutz)- Änderung Modernisierungsrichtlinie	105/2020
7.4.1	Antrag Gruppe CDU/WBV: Ausdehnung des Operationsbereiches sowie ggf. personelle Aufstockung des Ordnungsdienstes der Stadt (Ordnungsamt)	508/2020
7.5.1	Jade Stadion - Nutzungsvereinbarung für die Spielzeit 2020/2021	64/2020
7.6.1	Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs GGS	156/2020
7.7.1	SPD-Antrag: Installierung einer kommunalen Kita in Wilhelmshaven	504/2020
7.8.1	DigitalPakt Schule	142/2020
9.1	Antrag AfD-Fraktion: Bürgerbefragung zum Standort einer neuen Stadthalle	515/2020
9.2	Antrag Gruppe CDU/WBV: Einwohnerbefragung zum Thema Standort einer neuer Stadthalle	518/2020
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Becker bat, den **Punkt 6.5** vor Tagesordnungspunkt 5 vorzuziehen, um dem Referenten, Herrn Carsten Homeister vom Planungsbüro „HNW Landschaftsarchitektur“ in Hildesheim, die Gelegenheit zu geben, seinen Vortrag zeitnah zu halten.

Herr Jacques informierte, der **Tagesordnungspunkt 7.7.1** werde zurückgezogen.

Herr von den Berg zog den **Tagesordnungspunkt 7.2.1** zurück; dieser solle erst nach der Sommerpause in der September-Ratssitzung beraten werden. Außerdem bat er darum, Punkt 12.1 aus dem nichtöffentlichen Teil öffentlich zu beraten.

Herr Schönfelder erklärte, dazu werde im öffentlichen Teil unter „Bericht des Oberbürgermeisters“ informiert, mit der Möglichkeit einer Aussprache. Darüber hinaus bleibe der ursprüngliche Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil bestehen, um dort etwaige weitere Fragestellungen besprechen zu können. Anschließend legte Herr Schönfelder die Gründe für die Zuordnung in den nichtöffentlichen Teil dar.

Herr von den Berg erklärte sich vor dem Hintergrund der großen Bedeutung mit dem Ansinnen von Herrn Schönfelder einverstanden, sofern dies auf die Zustimmung des Ratsvorsitzenden treffe.

Herr Becker erhob gegen das vorgeschlagene Vorgehen keine Einwände.

Herr Tönjes äußerte rechtliche Bedenken gegenüber dem Vorgehen der Verwaltung. Er halte es für fragwürdig, diesen Punkt so kurzfristig und darüber hinaus noch nichtöffentlich auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Moriße teilte mit, die AfD-Fraktion werde den Antrag zu **Tagesordnungspunkt 9.1** ebenfalls zurückziehen.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 29.04.2020

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei 1 Enthaltung)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 29.04.2020 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

6.5 Landesgartenschau 2026 - Erstellung Bewerbungsunterlagen **147/2020**

Herr Homeister, HNW Landschaftsarchitektur Hildesheim, stellte anhand einer Präsentation ausführlich die Machbarkeitsstudie vor *(Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.)*

Anschließend bestand für die Ratsmitglieder die Möglichkeit, Fragen an den Referenten zu stellen.

Nachdem die Fragen der **Herren von den Berg** und **Moriße** beantwortet waren, beantragte **Herr Reese** „Schluss der Debatte“ gemäß Geschäftsordnung. Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

Der daraufhin von **Herrn Dr. Schulte** eingebrachte Antrag auf „Schließen der Rednerliste“ wurde **mehrheitlich angenommen**.

Nach dem letzten Wortbeitrag von **Herrn Tönjes** brachte **Herr Hellwig** den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.06.2020 ein.

Herr Dr. von Teichman beantragte die *Verweisung an die Fachausschüsse* Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz, Betriebsausschuss TBW und den Kulturausschuss zur weiteren Vorbereitung.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Glaser** informierte **Herr Menke**, dass mit einem Aufruf zur Abgabe der Bewerbungen bis zum Jahresende gerechnet werde. Die Abgabe der Bewerbungsunterlagen erfolge dann zum Ende des ersten Quartals 2021. Es werde jedoch zunächst die Zustimmung des Rates zur Abgabe der Bewerbung abgewartet, bevor weitere Schritte erfolgten. Erst danach werde das übliche Procedere, wie auch die Beratung in den Fachausschüssen, durchgeführt.

Herr Jacques stimmte den Ausführungen von Herrn Menke zu. Es sei wichtig, so früh wie möglich mit den Vorbereitungen zu beginnen und alle Möglichkeiten zu sondieren, um weiter planen zu können.

Frau Weinstock sprach sich gegen die Durchführung einer Landesgartenschau in der Stadt aus. Aus diesem Grunde werde auch dem Verweisungsantrag zugestimmt.

Der **Verweisungsantrag** von **Herrn Dr. von Teichman** wurde anschließend bei 10 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung mit der Fertigstellung der „Machbarkeitsstudie Landesgartenschau 2026“ und der Erstellung von Bewerbungsunterlagen für die Landesgartenschau 2026 im Bereich des Rüstringer Stadtparkes. Die erforderlichen finanziellen Mittel sollen im Haushalt der Stadt Wilhelmshaven und in die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe bzw. von Gesellschaften eingestellt werden.

Der erforderliche Ratsbeschluss für die Abgabe der Bewerbung der Stadt Wilhelmshaven zur Ausrichtung einer Landesgartenschau im Jahr 2026 soll erst nach der Aufforderung des Landes Niedersachsen zur Bewerbung erfolgen. Hierzu werden Förderszenarien und Zuschussoptionen bewertet werden.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

6.1 Änderung der Hauptsatzung

159/2020

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.06.2020 vor.

Herr von den Berg brachte für die Gruppe GUS den folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut Entwurf der Gruppe GUS.“

Artikel 1

Die Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven wird wie folgt geändert:

1)

Außer der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister werden folgende Beamtinnen und Beamte in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen;

a) die/der allgemeine Vertreterin/Vertreter als Erste Stadträtin/Erster Stadtrat

b) die Stadtkämmerin/Stadtkämmerer

c) eine weitere leitende Beamtinnen/Beamte als Stadträtin/Stadtrat Dezernat III (Baudezernentin/Baudezernent)

d) eine weitere leitende Beamtinnen/Beamte als Stadträtin/Stadtrat Dezernat V (befristet bis zum 30.09.2021)

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.“

Der Änderungsantrag wurde anschließend durch **Herrn Tönjes** begründet.

Herr Schönfelder erklärte, der Änderungsantrag sei so nicht erforderlich, besonders Ziffer 1d, da die Stelle durch einen entsprechenden Vermerk im Stellenplan entfalle. Es sei auch nicht beabsichtigt, die Stelle des Baudezernenten mit Herrn Leinert wieder zu besetzen.

Herr Hellwig signalisierte die Zustimmung der Gruppe CDU/WBV zur Beschlussvorlage. Hinsichtlich des Änderungsantrages bat er, diesen als regulären Antrag in eine spätere Sitzung einzubringen, da er diesem aufgrund des Umfangs heute nicht zustimmen könne.

Herr Dr. von Teichman bemängelte, dass der Änderungsantrag nicht früher eingereicht worden sei. Auf diesem Wege sei der Antrag aufgrund seiner Länge kaum nachvollziehbar. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgang sei notwendig für die Einstellung eines neuen Stadtbaurates, daher bitte er, der Vorlage zuzustimmen.

Herr von den Berg zeigte sich irritiert hinsichtlich der Bedenken gegenüber dem Änderungsantrag. Ziel sei es gewesen, den Vorgang besser handhabbar zu machen.

Der **Änderungsantrag der Gruppe GUS** wurde bei 8 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Wilhelmshaven laut Anlage.

6.2 Antrag der Gruppe CDU/WBV auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

Herr Hellwig beantragte für die Gruppe CDU/WBV die folgende Umbesetzung:

Im Grundstücksverkehrsausschuss wird Ratsherr Uwe Heinemann durch Ratsherrn Martin Harms ersetzt.

Herr Moriße erklärte, im Schulausschuss werde der Beigeordnete Dr. von Teichman neuer stellvertretender Vorsitzender (anstelle von Ratsfrau Moriße-Kappes).

Herr Schönfelder wies darauf hin, dass noch weitere stellvertretende Vorsitzende gewechselt werden müssen, da diese nicht mit den jeweiligen Stellvertretern besetzt werden dürften, sondern es sich um andere Ausschussmitglieder handeln müsse. Dies sei den betroffenen Fraktionsvorsitzenden per Mail vom zuständigen Fachbereich im Vorfeld der Sitzung mitgeteilt worden.

Daraufhin benannte **Herr Walpurgis** für den Betriebsausschuss TBW Ratsherrn Harms als neuen stellvertretenden Vorsitzenden anstelle von Ratsherrn von den Berg.

Herr Jacques benannte Bürgermeisterin Glaser anstelle von Beigeordnetem Mündenwarf als stellvertretende Vorsitzende für den Betriebsausschuss Krankenhaus.

Den vorgenommenen Umbesetzungen wurde bei 1 Enthaltung **einstimmig zugestimmt**.

6.3 Ehrenamtliche Richterinnen / Richter am Verwaltungsgericht Oldenburg **133/2020**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.06.2020 vor.

Herr von den Berg bat um **getrennte Abstimmung**, da seine Gruppe den Vorschlag der AfD-Fraktion nicht mittragen werde.

Herr Dr. von Teichman bat, den Schreibfehler im Vorschlag der Gruppe FDP/FW zu korrigieren. Der Name des Kandidaten laute „Reinbold“.

Die getrennte Abstimmung brachte das folgende Ergebnis:

Als ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Oldenburg werden vorgeschlagen:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Gruppe CDU/WBV:

1. Ratsvorsitzender Stefan Becker

2. Ratsherr Uwe Heinemann

3. Ratsfrau Astrid Zaage

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

SPD-Fraktion:

4. Herr Marten Gäde

5. Herr Stefan Marxfeld

6. Frau Gesina Nee

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Gruppe GUS:

7. Frau Miriam Luise Damerius

8. Ratsfrau Petra Stomberg

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Gruppe FDP/FW:

9. Herr Oliver Reinbold

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -
(bei 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

AfD-Fraktion:

10. Herr Adolf Klein.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Als ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Oldenburg werden vorgeschlagen:

Gruppe CDU/WBV:

1. Ratsvorsitzender Stefan Becker

2. Ratsherr Uwe Heinemann

3. Ratsfrau Astrid Zaage

SPD-Fraktion:

4. Herr Marten Gäde

5. Herr Stefan Marxfeld

6. Frau Gesina Nee

Gruppe GUS:

7. Frau Miriam Luise Damerius

8. Ratsfrau Petra Stomberg

Gruppe FDP/FW:

9. Herr Oliver Reinbold

AfD-Fraktion:

10. Herr Adolf Klein

6.4 Richtlinie über die Verleihung der Stadtmedaille

146/2020

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 22.06.2020 vor.

Herr von den Berg beantragte für die Gruppe GUS die folgende **Änderung**:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung bis zur Ratssitzung im Juli 2020 eine Beschlussvorlage über die Verleihung von Ehrungen und Auszeichnungen der Stadt Wilhelmshaven vorzulegen. Diese ist durch die Fachausschüsse vorab zu beraten.“

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr von den Berg**, die Gruppe wolle eine einheitliche Richtlinie für alle Ehrungen erreichen.

Der **Änderungsantrag** der Gruppe GUS wurde bei 9 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Tönjes dankte für die Erarbeitung dieser Richtlinie. Dennoch fehle ihm eine alle Ehrungen und Auszeichnungen umfassende Richtlinie. Auch wäre eine Vorberatung im Kulturausschuss wünschenswert gewesen, um das Thema breiter diskutieren zu können. Er bedaure, dass es auf diese Weise bei einer Art „Flickwerk“ bleiben müsse.

Herr Jacques wendete ein, die Stadtmedaille werde jedoch nur für besondere Fälle vergeben und dazu seien die jetzt vorgelegten Regelungen nur zu begrüßen. Diese Auszeichnung sei nicht vergleichbar mit anderen Ehrungen der Stadt, wie etwa die Sportler- oder die Schülerehrung. Er bat daher, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die anliegende „Richtlinie über die Verleihung der Stadtmedaille der Stadt Wilhelmshaven“.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsherr Heinemann)

7.1.1 Antrag Gruppe CDU/WBV: Umsetzung des Tourismuskonzeptes **516/2020**

Herr Heinemann brachte den Antrag der Gruppe CDU/WBV ein.

Herr von den Berg beantragte für die Gruppe GUS die folgende **Änderung**:

1. *Der Rat der Stadt Wilhelmshaven weist die Gesellschafterversammlung der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH (kurz WTF) an, kurzfristig und fristwährend folgende Beschlüsse zu fassen:*
 - a) *Die Geschäftsführung wird angewiesen zur Umsetzung des vom Rat der Stadt Wilhelmshaven beschlossenen Tourismuskonzeptes (Vorlage 110/2019) bis zum*
 - b) *15.07.2020 eine projektverantwortliche Person zu benennen.*
 - c) *Die Geschäftsführung informiert die Mitglieder der Gesellschafterversammlung in regelmäßigen Abständen, mindesten aber einmal im Quartal, über den Stand der Umsetzung des Tourismuskonzeptes.*
 - d) *Die Gesellschafterversammlung zieht bei mangelndem Fortschritt die Angelegenheit zum Wohle der Gesellschaft nach § 8 Abs. 7 des Gesellschaftervertrages an sich und trifft die notwendigen Entscheidungen. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven wird darüber informiert.*

2. *Der Oberbürgermeister informiert den Rat der Stadt Wilhelmshaven regelmäßig, mindestens aber einmal im Quartal, soweit möglich im öffentlichen Teil der Ratssitzungen über den Stand der Umsetzung und ggf. notwendige Änderungen des Tourismuskonzepts.*

Herr Schönfelder nahm Stellung zum rechtlichen Hintergrund des Änderungsantrages: Inhaltlich gingen beide Anträge in die gleiche Richtung, doch der Änderungsantrag stelle die formal sauberere Lösung des Anliegens dar. Umsetzbar sei allerdings auch der Grundantrag der Gruppe CDU/WBV.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich irritiert hinsichtlich des Antrages, da er ursprüngliche Beschluss aus 2019 alle notwendigen Informationen zur Umsetzung enthalte.

Nach einer **Pause von 18.05 Uhr bis 18.20 Uhr** wurde die Diskussion zu TOP 7.1.1 nach Wiedereintritt in die Tagesordnung fortgesetzt.

Frau Breuer erklärte, dass sich die Gruppe bewusst für die Bestimmung einer Person aus der Verwaltung entschieden habe, da die Umsetzung des Tourismuskonzeptes keine ausschließliche Aufgabe der WTF sei.

Herr Moriße stimmte Herrn Dr. von Teichman zu und plädierte dafür, den Ratsbeschluss aus 2019 als Grundlage für die Umsetzung des Tourismuskonzeptes zu belassen.

Herr Ehlers gab zu bedenken, dass es sich beim Tourismus um eine Querschnittsaufgabe handele und daher der Änderungsantrag nicht weit genug gehe. Als strategisches Entwicklungsziel der Stadt müsse gerade dieser Bereich breit aufgestellt sein; dessen Entwicklungspotential müsse genutzt werden und zwar mit Hilfe aller und nicht nur durch die WTF. Daher könne er auch die Ausführungen von Herrn Schönfelder nicht nachvollziehen. Es solle mit dem Antrag kein arbeitsrechtlicher Vorgang eröffnet, sondern lediglich eine verantwortliche Person benannt werden. Aus diesem Grunde werde er auch den Änderungsantrag ablehnen.

Herr Schönfelder machte darauf aufmerksam, dass seine Ausführungen auf die Feststellung hingezielt haben, dass der Rat nicht in die Personalhoheit der WTF eingreifen könne. Sofern, wie von den Antragstellern soeben erläutert, eine Person innerhalb der Verwaltung benannt werden solle, sei dies rechtlich nicht zu beanstanden. Damit sei der Ursprungsantrag auch weitergehend als der Änderungsantrag.

Herr Hellwig führte dazu aus, der Antrag resultiere aus dem Umstand, dass seit dem Ratsbeschluss zur Umsetzung des Tourismuskonzepts im letzten Jahr keine Maßnahmen zu verzeichnen gewesen seien. Seine Gruppe habe sich jedoch nicht eingehend mit dem umfangreichen Änderungsantrag befassen können und werde diesen daher ablehnen. Er halte es für zielführender, wenn derart umfangreiche Änderungsanträge im Vorfeld untereinander abgestimmt würden. Abschließend unterstrich Herr Hellwig die hohe Bedeutung des Tourismus für die Stadt und wie wichtig es ist, in diesem Bereich endlich voranzukommen.

Oberbürgermeister Feist stimmte zu, dass es sich grundsätzlich um eine Querschnittsaufgabe handele. Er sehe es jedoch als nicht unproblematisch, eine Person aus der Kernverwaltung als Projektmanager für den Tourismus einzustellen, da gerade dieses Thema in die WTF ausgelagert worden sei. Zudem sei die Personalressource zur Umsetzung des Antrages nicht vorhanden und müsse erst einmal geschaffen werden.

Herr Walpurgis betonte, dass aus genau diesem Grund der Änderungsantrag eingebracht worden sei. So werde die WTF in die Lage versetzt, die notwendigen Schritte zu unternehmen, anstatt der Kernverwaltung dies überlassen zu müssen. Er sehe kein Problem darin, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Herr Jacques stimmte den Ausführungen von Frau Breuer zu, hielt aber die 2-wöchige Frist für zu kurzfristig. Er hätte es zudem wünschenswert gefunden, wenn der Antrag im Vorfeld zwischen den Fraktionen abgestimmt worden wäre. Den Änderungsantrag werde seine Fraktion hingegen ablehnen.

Herr Heinemann wies darauf hin, dass der Text des Antrages bezüglich des Projektmanagers sogar aus dem ursprünglichen Ratsbeschluss aus 2019 stamme und daher nichts Neues verberge. Es gehe darum, einen Ansprechpartner einzuführen, der zudem die einzelnen Vorhaben des Tourismuskonzeptes in eine Prioritätenliste erfasst.

Herr Dr. Schulte fasste zusammen, es gehe letztlich allen um eine Sache: Eine Person müsse die Fäden in der Hand halten. Er plädiere hier für den Änderungsantrag, da die WTF die für den Tourismus zuständige Einheit sei. Über die Einzelmaßnahmen werde wie üblich gesondert beschlossen und die Fachbereiche involviert.

Frau Zaage hielt dem entgegen, es müsse eine Stelle etabliert werden, die alle Akteure an einen Tisch hole. Dies könne jedoch nicht von der WTF verlangt werden, diese Aufgabe sehe sie vielmehr bei der Verwaltung.

Herr von den Berg erklärte, das Projekt müsse nunmehr zügig vorangetrieben werden und die Federführung müsse beim Oberbürgermeister liegen. Im Übrigen danke er für die kontroverse, gute Diskussion, die aber erkennbar gemacht habe: allen sei es an einer zeitnahen Umsetzung des Tourismuskonzeptes gelegen.

Der **Änderungsantrag der Gruppe GUS** wurde daraufhin bei 9 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, dass der Auftrag bereits aus Juni 2019 resultiere und auch auf mehrmalige Fragen seinerseits keine Reaktion durch die Verwaltung erfolgt sei. Die Verwaltung müsse endlich tätig werden, dazu brauche es jedoch keinen gesonderten Antrag.

Herr Hellwig gab zu verstehen, dass in dem Fall die Zustimmung zum Antrag das beste Mittel sei, um Druck aufzubauen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt möge beschließen:

1. Die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven bestimmt in Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 26.06.2019 (110/2019) eine Person als Projektmanager/in zur Umsetzung des Tourismuskonzeptes innerhalb von zwei Wochen nach diesem Beschluss und informiert den Rat.
2. Die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven informiert den Rat einmal im Quartal über den Stand der Umsetzung des Tourismuskonzeptes. Die erstmalige Information erfolgt im III. Quartal 2020.

7.1.2 2. Nachtragshaushaltssatzung 2020

143/2020

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 22.06.2020 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2020 der Stadt Wilhelmshaven.

7.2 Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungs- fragen (Ratsherr Heinemann)

7.2.1 Antrag Gruppe GUS: Änderungen im Stellenplan des Fachbereichs Feuerwehr

533/2019

zurückgezogen

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

7.3.1 Bebauungsplan Nr. 77, 1. Änderung - Peter-/Mitscherlichstraße - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss

129/2020

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 16.06.2020 vor.

Herr von den Berg und **Frau Weinstock** lobten übereinstimmend das Projekt, mit dem zum einen das Wohnen in der Innenstadt ohne zusätzliche Flächenversiegelung attraktiver werde und zum anderen ein altes Gebäude erhalten und aufgewertet werde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) 3634), das durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) geändert worden ist, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 77, 1. Änderung - Peter-/Mitscherlichstraße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der

Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf zu und beschließt, diesen (mit Örtlicher Bauvorschrift) einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.2 77. Änderung des Flächennutzungsplans 1973 - Konverter westliche Coldewei-Entwurfsbeschluss **130/2020**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 16.06.2020 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der 77. Änderung des Flächennutzungsplans 1973 - Konverter westlich Coldewei - zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.3 Sanierungsgebiet "Östliche Südstadt"- Lebendige Zentren (ehem. Städtebaulicher Denkmalschutz)- Änderung Modernisierungsrichtlinie **105/2020**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 16.06.2020 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt den Änderungen der Modernisierungsrichtlinie des Sanierungsgebietes „Östliche Südstadt“ zu und ermächtigt die Verwaltung die erforderlichen Schritte umzusetzen.

7.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

7.4.1 Antrag Gruppe CDU/WBV: Ausdehnung des Operationsbereiches sowie ggf. personelle Aufstockung des Ordnungsdienstes der Stadt (Ordnungsamt) **508/2020**

Herr Hellwig trug den Antrag der Gruppe CDU/WBV vor und beantragte gleichzeitig, die folgende **Änderung**:

„Der Rat möge beschließen, den Antrag wie folgt zu ändern: Der 2. Absatz, beginnend mit „Des Weitern wird...“ wird gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zwei weitere Planstellen für den städtischen Ordnungsdienst zu schaffen.““

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Tönjes** erklärte **Herr Schönfelder**, dass das Ordnungsamt auf dem Deichverteidigungsweg kontrollieren könne, da dieser für die Öffentlichkeit gewidmet sei.

Auf die Frage von **Herrn Dr. von Teichman**, ob nicht ohnehin geplant gewesen sei, 2 weitere Mitarbeiter einzustellen, informierte **Herr Schönfelder** weiterhin, dass von den acht vorhandenen Stellen im Ordnungsdienst aktuell nur vier besetzt seien. Daher sei der Antrag sehr zu begrüßen. Damit erhalte die Verwaltung die Möglichkeit, den Stellenplan um zwei weitere Stellen aufzustocken. Anschließend begründete er die Notwendigkeit dieser Stellen.

Herr Jacques zeigte sich erfreut über die neuen Stellen, die eine Erleichterung der Arbeit des Ordnungsdienstes bedeuteten. Dort könne es seiner Meinung nach gar nicht genug Personal geben.

Herr Ressel hielt dem entgegen, es gebe nicht zu wenig Personal; vielmehr müssten die Schwerpunkte anders gesetzt und die Kräfte effizienter eingesetzt werden.

Auf Nachfrage von **Frau Weinstock** machte **Herr Schönfelder** darauf aufmerksam, dass der Stellenplan Grundlage für die Besetzung der jeweiligen Stellen sei. Schwieriger sei es, freie Stellen entsprechend zu besetzen. Daran werde aktuell gearbeitet. Damit stünden neben den vier nachzubesetzenden Stellen zwei weitere Stellen zur Verfügung.

Nachdem **Herr von den Berg** Fragen zur Organisation der Einsatzkräfte gestellt hatte, verwies **Herr Schönfelder** auf die Beratungen im Fachausschuss. Der Rat stelle für diese Art Fragen nicht den richtigen Ort dar. Anschließend erklärte er kurz das System zur Abarbeitung der Einsatzschwerpunkte.

Herr Walpurgis begrüßte den Antrag grundsätzlich.

Der **Änderungsantrag** wurde bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(inklusive Änderung, bei 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, den Operationsbereich des städtischen Ordnungsdienstes auf den Bereich Bismarckstraße, zwischen Rathausplatz und Banter Weg

sowie – während der Saison (Mai bis einschließlich September) – auf die Promenade am Südstrand und den dortigen Deichverteidigungsweg auszudehnen.

~~Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob die personelle Ausstattung des Ordnungsdienstes grundsätzlich und vor dem Hintergrund der zusätzlichen Aufgaben ausreichend ist. Ggf. sind seitens der Verwaltung die fehlenden erforderlichen Stellen incl. ggf. neueinzustellenden zusätzlichen Personals zu beantragen.~~

Die Verwaltung wird beauftragt, zwei weitere Planstellen für den städtischen Ordnungsdienst zu schaffen. *(geändert auf Antrag Gruppe CDU/WBV im Rat am 24.06.2020)*

7.5 Ausschuss für Sport (Ratsherr Möhle)7.5.1 Jade Stadion - Nutzungsvereinbarung für die Spielzeit 2020/2021**64/2020**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport vom 12.03.2020 vor und beantragte für die Gruppe CDU/WBV gleichzeitig die folgende **Änderung:**

„Pkt. 2.c): komplett streichen

Setze: (geändert gem. Sportausschuss-Sitzung v. 12.3.2020)

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig für die im Jadestadion befindlichen Werbeflächen ein Nutzungskonzept im Benehmen mit den beiden Vereinen zu entwickeln und dieses für die Spielzeit 2020/2021 umzusetzen. Dabei sind die tatsächlichen vorhandenen und nachgewiesenen Werbebedarfe zu berücksichtigen.“

Der Änderungsantrag wurde bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen.**

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(inklusive Änderung bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen)

1. Das Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Spielzeit 2020/2021 eine vertragliche Vereinbarung zu schaffen, die eine gemeinsame Nutzung der beiden am Interessenbekundungsverfahren beteiligten Vereine nach folgenden Maßgaben vorsieht:
 - a) Beiden Vereinen wird Platz 1 im Stadion abwechselnd für die Heimspiele sowie für das jeweilige Abschlusstraining der 1. Herrenmannschaften zur Nutzung zur Verfügung gestellt.
 - b) Die Bewirtschaftung und Nutzung des gastronomischen Bereiches einschließlich VIP-Bereich wird einem Dritten übertragen, der beiden Vereinen gestattet, diesen zu den jeweiligen Heimspielen nach ihren Vorstellungen zu nutzen.
 - c) ~~Die Nutzung der Bandenwerbung orientiert sich an den im Interessenbekundungsverfahren vorgelegten und konkretisierten Bedarfen der Vereine und ist flächenmäßig danach aufzuteilen.~~
Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig für die im Jadestadion befindlichen Werbeflächen ein Nutzungskonzept im Benehmen mit den beiden Vereinen zu entwickeln und dieses für die Spielzeit 2020/2021 umzusetzen. Dabei sind die tatsächlichen vorhandenen und nachgewiesenen Werbebedarfe zu berücksichtigen. (geändert auf Antrag der Gruppe CDU/WBV im Rat am 24.06.2020)
 - d) Das Nutzungsentgelt ist von beiden Vereinen hälftig zu tragen.

3. Das Jade Stadion wird grundsätzlich nicht als vereinseigene Sportanlage zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, den SV Wilhelmshaven bei der Suche nach einer geeigneten Sportanlage zur Nutzung für die anderen Mannschaften zu unterstützen.

7.6 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)

7.6.1 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs GGS **156/2020**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 18.06.2020 vor.

Herr Dr. Schulte beantragte eine **Vertagung**. Seiner Meinung nach sei eine Änderung nicht erforderlich, da zum einen die Sitzungen wieder regelmäßig stattfänden und man sich zum anderen mit Umlaufbeschlüssen helfen könne.

Der **Vertagungsantrag** wurde bei 1 Gegenstimme **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -vertagt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS)“ laut Anlage.

7.7 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Dr. Schulte)

7.7.1 SPD-Antrag: Installierung einer kommunalen Kita in Wilhelmshaven **504/2020**

zurückgezogen

7.8 Schulausschuss (Beigeordneter Moriße)

7.8.1 DigitalPakt Schule **142/2020**

Herr Moriße trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 11.06.2020 vor.

Frau Weinstock betonte die hohe Bedeutung der beiden Förderprogramme. Viele Familien besäßen zudem kein Internet, daher müsse dringend am weiteren Ausbau des öffentlichen W-Lan-Netzes gearbeitet werden.

Herr von den Berg brachte den folgenden **Änderungsantrag** für die Gruppe GUS ein und begründete diesen anschließend:

*„5. Für die Projektdauer (bis 2024) sollen umgehend **sechs** zusätzliche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter gewonnen werden, die befristet in projektleitender Funktion dem Fachbereich 16 – SDW – (**3 Stellen**) und projektunterstützende dem Fachbereich 17 – GGS – (**3 Stellen**) zugewiesen werden.“*

Herr Schönfelder wies darauf hin, dass hier zwei zusätzliche Mitarbeiter jedoch ausreichend seien. Sofern wider Erwarten ein höherer Bedarf entstehe, erfolge eine kurzfristige Mitteilung an den Rat.

An der folgenden Diskussion um den Personalbedarf beteiligten sich **Herr Jacques, Herr Möhle, Herr Ressel, Frau Weinstock und Herr Schön.**

Herr Dr. von Teichman zeigte sich verwundert über den Bedarf an „projektleitenden“ Mitarbeitern. Dies halte er für fehl am Platz, es würden eher „Umsetzer“ benötigt. Letztlich solle diese Einteilung besser der Verwaltung überlassen werden.

Oberbürgermeister Feist ging daraufhin erläuternd auf die Unterschiede zwischen „projektleitend“ und „-unterstützend“ ein.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde der **Änderungsantrag** bei 8 Ja-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 2 Enthaltungen)

1. Der Schulausschuss nimmt den bisherigen Sachstand zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, aus den Fördermitteln des DigitalPaktes Schule sowie des Sofortausstattungsprogramms des Bundes für bedürftige Schülerinnen und Schüler die Schulen auf Grundlage des Entwurfs der Priorisierungsliste möglichst umfassend mit der jeweils notwendigen Infrastruktur und WLAN-Anbindung auszustatten.
3. Hierzu sind für die Schulstandorte, an denen bereits eine entsprechende Infrastruktur und WLAN-Anbindung besteht, entsprechend der einzelnen schulischen Medienbildungskonzepte Anzeige- und Interaktionsgeräte, digitale Arbeitsgeräte und mobile Endgeräte zu beschaffen.
4. Die Verwaltung wird auch beauftragt, die Priorisierungsliste abschließend mit den Schulen abzustimmen die im Rahmen der Umsetzung des DigitalPaktes Schule und der ohnehin fortschreitenden Digitalisierung in den Schulen bzw. der Verwaltung erforderlichen personellen Ressourcen, insbesondere bei SDW und GGS, zu ermitteln und bereitzustellen. Hierzu ist ggf. der Stellenplan entsprechend anzupassen.
5. Für die Projektdauer (bis 2024) sollen umgehend zwei zusätzliche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter gewonnen werden, die befristet in projektleitender Funktion dem Fachbereich 16 – SDW – und projektunterstützend dem Fachbereich 17 – GGS – zugewiesen werden.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist informierte über die aktuellen Corona-Ausbrüche in der Fleischindustrie:

Bei der Firma „Tönnies“ und bei einem Schlachtbetrieb in Wildeshausen im Landkreis Cloppenburg sei es aktuell zu vermehrten Corona-Infektionen gekommen.

Da der Schlachthof in Wilhelmshaven ebenfalls zur „Tönnies“-Gruppe gehöre, habe man von allen Mitarbeitern vor drei Wochen bereits Abstriche entnommen, diese seien jedoch allesamt negativ ausgefallen. Auch nach einem weiteren Abstrich habe sich heute herausgestellt, dass nach wie vor alle Ergebnisse negativ seien. Wilhelmshaven sei daher von dieser Entwicklung aktuell nicht betroffen, dennoch werde die weitere Entwicklung sorgfältig im Auge behalten. Zwar zeige ein Test jeweils nur eine Momentaufnahme des aktuellen Status, doch werde es weiterhin engmaschige Kontrollen geben. Es gelte, einen lokalen bzw. regionalen „Lockdown“ zu verhindern. Derzeit läge die Zahl der Infektionen in der Stadt bei „Null“.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Tönjes** führte **Oberbürgermeister Feist** weiter aus, dass sämtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Corona im Rahmen der Verhältnismäßigkeit durchzuführen seien. Die aktuellen Testergebnisse hätten immer nur eine Gültigkeit für die Vergangenheit, so dass „engmaschig“ immer abhängig von der jeweils geltenden Situation gesehen werden könne. Die aktuellen Fakten würden jeweils zeitnah im Einsatzstab diskutiert werden.

Herr von den Berg bat um Auskunft, ob auch die Wohnsituation der Mitarbeiter betrachtet werde, um auch präventiv tätig zu werden.

Oberbürgermeister Feist erklärte, die Unterbringung der Mitarbeiter des Schlachthofes in Wilhelmshaven gestalte sich anders als in Nordrhein-Westfalen. Hier hätten die Mitarbeiter Wohnungen selbst angemietet und bewohnten keine Werkswohnung. Aus diesem Grunde habe die Stadt auch keinen Zugriff auf die jeweiligen Unterkünfte. Dennoch versuche man entsprechende Informationen zu erhalten, zum Beispiel über die Vermieter. Insgesamt gäben diese Verhältnisse jedoch keinen Anlass zur Sorge.

Oberbürgermeister Feist informierte anschließend über den aktuellen Sachstand zur Vorlage unter TOP 12.1. Dabei skizzierte er zunächst das Vorhaben und die Vorgeschichte. Die dabei ungewollt entstandene Eile sei von den betroffenen Unternehmen vorgegeben worden. Aufgrund der positiven Auswirkungen für die Stadt, so zum Beispiel in den Bereichen Klimaschutz, Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz Erhalt, habe man sich entgegen der ersten Planungen nunmehr für eine Information der Öffentlichkeit entschieden.

Herr von den Berg dankte für die Ausführungen und lobte das Vorhaben als Wirtschaftsförderung im Spektrum des so genannten „green deal“. Dennoch müsse auch die Frage gestellt werden, woher das Eisenerz stamme und wie es abgebaut werde. Es dürfe nicht zu einer Eisenverarbeitung vor Ort kommen.

Oberbürgermeister Feist erklärte, die Herkunft der Rohware sei derzeit noch nicht bekannt. Das Unternehmen Rhenus habe sich jedoch bereit erklärt, für Informationen in den nächsten anstehenden Sitzungen der Fachausschüsse (Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz sowie Ausschuss für Planen und Bauen) zur Verfügung zu stehen. Zudem werden diese Fragestellungen im Rahmen der Machbarkeitsstudie untersucht. Aktuell gehe es zunächst um die Verabschiedung einer Absichtserklärung.

Herr Prof. Preuß erkundigte sich nach der angedachten Produktionsmenge und nach den möglichen Folgen für die Umwelt. Er wolle sich hier nicht auf das Genehmigungsverfahren verlassen und bereits im Vorfeld wissen, was auf die Stadt zukomme.

Oberbürgermeister Feist führte dazu aus, es werde zunächst von 3 Mio. Tonnen Eisenerz pro Jahr ausgegangen. Im Übrigen verweise er auf seine soeben erfolgten Ausführungen; Details seien noch nicht bekannt, die möglichen Auswirkungen würden im Rahmen des Genehmigungsverfahrens untersucht.

Herr Hellwig hob die Bedeutung des Projektes für die Stadt hervor. Im Rahmen des Kohleausstiegs verliere die Stadt zwei große Arbeitgeber und so halte er es für angeraten, die Absichtserklärung positiv zu begleiten.

Herr Ehlers sah in dem Vorhaben eine gute Initiative. Sofern sich das Unternehmen hier ansiedle, dann erfolge dies nach den aktuellen Umweltstandards, welche die alten Kohlekraftwerksbetreiber nicht mehr erfüllen könnten. Zudem bestehe immer ein Bedarf an Stahl, welcher dann mit den innovativen Verfahren sehr umweltverträglich produziert worden sei.

Herr Tönjes zeigte sich skeptisch und warf die Frage auf, in wie weit die Stadt an der Erstellung der Absichtserklärung beteiligt gewesen sei. Er fühle sich in dieser Sache nicht mitgenommen, der gesamte Vorgang bereite ihm Probleme. Er bitte dringend um weitere Auskünfte, auch für die Bevölkerung.

Herr Dr. von Teichman bemängelte, dass ihm die Absichtserklärung erst am Wochenende vorgelegen habe; zudem verwundere ihn der Wechsel in der Handhabung der Angelegenheit: zunächst streng geheim, dann doch öffentlich. Auch könne er die plötzliche Eile nicht nachvollziehen. Darüber hinaus wolle er vor einer möglichen Kartellbildung warnen, da das Land als Eignerin der Niedersachsenbrücke auch an der Salzgitter-AG zu 25 % beteiligt sei. Insgesamt halte er es jedoch für richtig, einen Ersatz für die Kohlekraftwerke und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Daraus würden wiederum Einnahmen für die Stadt generiert. Dennoch müsse der Prozess sehr genau verfolgt werden.

Herr Moriß gab zu bedenken, dass die Firma auf einem hohen Umweltschutzniveau arbeite und zudem Arbeitsplätze geschaffen würden. Daher wolle er appellieren, dem Vorhaben unbedingt zuzustimmen.

Herr Reese zeigte sich hinsichtlich der geäußerten Bedenken irritiert. Er bat, sich hier nicht in Einzelheiten zu verlieren. Das Vorhaben sei sehr begrüßenswert, er besitze volles Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung und gratulierte zum schnellen Handeln.

Auch **Herr Dr. Schulte** bat, diese enorme Chance für die Stadt zu nutzen. Es gehe hier um ein Erfolgsprojekt für Wilhelmshaven und die Umwelt. Er vertraue auf die Machbarkeitsstudie, in der alles genauestens geprüft werde.

Frau Kloster kritisierte, dass der Rat erst nach erfolgter Unterschrift den Beschluss fassen könne. Auch sie wolle künftig mehr in solchen Prozessen mitgenommen werden.

Herr Schön dankte der Verwaltung für ihr schnelles Handeln. Die Stadt könne sich den Wegfall der Arbeitsplätze nicht erlauben. Er sei sicher, dass alle offenen Fragen im Rahmen des Prozesses geklärt würden.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, unterbrach der Ratsvorsitzende Herr Becker die Sitzung für eine **Pause von 20.00 Uhr bis 20.10 Uhr**.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der Anträge.

9 Anträge

9.1 Antrag AfD-Fraktion: Bürgerbefragung zum Standort einer neuen Stadthalle **515/2020**

zurückgezogen

9.2 Antrag Gruppe CDU/WBV: Einwohnerbefragung zum Thema Standort einer neuer Stadthalle **518/2020**

Herr Hellwig brachte den Antrag der Gruppe CDU/WBV ein.

Herr Schön begrüßte den Antrag, bat aber gleichzeitig um Durchführung wie im Gesetz vorgesehen. Er appellierte, von einer Beauftragung Dritter abzusehen, da seiner Meinung nach dann die notwendige Neutralität nicht mehr gegeben sei. Er gab außerdem zu bedenken, dass das Ergebnis einer Einwohnerbefragung nach § 35 NKomVG, wie hier beantragt, für den Rat nicht verbindlich sei.

Herr von den Berg zeigte sich erfreut über die Einbeziehung der Bürger. Er bedaure aber, dass hier ausschließlich ein Neubau thematisiert werde. Die Gruppe GUS sehe dies jedoch skeptisch: Durch den Neubau des Krankenhauses und die Auswirkungen der Corona-Pandemie sei der städtische Haushalt stark beansprucht. Ein Neubau der Stadthalle könne vor diesem Hintergrund nicht auch noch geleistet werden. Die Gruppe GUS werde daher dem Antrag nicht zustimmen können.

Herr Hellwig hielt dem entgegen, dass aus diesem Grund die Frage 1 in den Antrag aufgenommen worden sei.

Herr Jacques signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion, gab aber gleichzeitig zu bedenken, dass durch den Vorgang einer Einwohnerbefragung das Vorhaben noch weiter verzögert und verteuert werde. Er hoffe jedoch auf neue Erkenntnisse aus der Einwohnerbefragung.

Nachdem **Herr Schönfelder** kurz auf die Unterschiede zwischen den Verfahren zur Bürgerbeteiligung, Einwohnerbefragung und Bürgerbegehren / Bürgerentscheid, eingegangen war, erklärte er, warum er das Instrument der Einwohnerbefragung für das richtige Mittel halte. Hier würden die Einwohner eingebunden und der Rat werde bei seiner Entscheidungsfindung unterstützt. Dabei sei die Form recht frei: Entweder werde eine Liste ausgelegt, in sich die Bürger eintragen können oder aber diese werde zugesandt. Über die Wahl der Form werde die Verwaltung im Gespräch mit Rat und Antragstellern bleiben. Für die Auswertung werde eventuell die Hilfe von Dritten in Anspruch genommen.

Herr Walpurgis hielt eine Einwohnerbefragung ebenfalls positiv und stellte für die UWG-Fraktion den folgenden **Änderungsantrag**:

*„Grundsätzlich sollten nur Entscheidungsfragen (auch **Ja-/Nein-Fragen**) gestellt werden.*

Ebenfalls sollte zur Unterstützung der Einwohnerbefragung eine bzw. mehrere Informationsveranstaltungen für die Bürger durchgeführt werden.

Folgende Fragestellungen sollten im Antrag ergänzt werden.

- 1. Benötigt Wilhelmshaven aufgrund der derzeitigen finanziellen Lage eine neue Stadthalle?*
- 2. Welchen Zweck sollte ein zukünftiger Neubau einer Stadthalle erfüllen?*
 - a. Soll der Neubau als Multifunktionshalle ausgeführt werden?*
 - b. Soll der Neubau nur für Gesellschaftsveranstaltungen (Konzerte/ Bälle) dienen?*
- 3. Welchen Standort würden Sie favorisieren? Angabe aller möglichen Standorte/ Möglichkeiten zum Ankreuzen - ohne Begründungstext der Antwortenden.*
- 4. Bis zu welchen Kosten soll der Neubau umgesetzt werden?*
- 5. Kostengrenze: a. bis 20 Mio. €
 b. bis 25 Mio. €
 c. bis 30 Mio. €*
- 6. Soll die Möglichkeit geprüft werden, einen (oder mehrere) Co-Finanzierer für die Realisierung des Neubaus einer Stadthalle zu gewinnen?*

Des Weiteren sollte im Rahmen der Transparenz bei der Auswertung jeweils ein/e Vertreter/in der einzelnen Fraktionen und Gruppen dem Auswertungsteam angehören.“

Herr Reese beantragte gem. § 10 Abs. 1 Buchst. b der Geschäftsordnung **„Schluss der Debatte“**.

An der Diskussion über den Geschäftsordnungsantrag beteiligten sich die **Herren Dr. von Teichman, von den Berg und Hellwig**.

Der **Geschäftsordnungsantrag** von **Herrn Reese** wurde anschließend bei 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Der **Änderungsantrag der UWG-Fraktion** wurde bei 3 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
 (bei 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu den Ergebnissen der Nutzungs- und Entwicklungsstudie für eine neue Stadthalle eine Einwohnerbefragung durchzuführen, die sich mit den Empfehlungen des Gutachters zum Standort, zur infrastrukturellen und verkehrlichen Anbindung und zur zukünftigen Nutzung der Stadthalle auseinandergesetzt.

Die Befragung der Einwohner soll anhand von folgenden Leitfragen entwickelt werden:

1. Die bestehende Stadthalle muss Ende 2021 aus der Nutzung genommen werden, da die Sanierung nur mit einem unverhältnismäßig hohen Kostenaufwand, der in keiner Relation zur Nutzungsdauer steht, möglich ist. Die Errichtung der neuen Stadthalle wird rund 30 Millionen Euro kosten. Verwaltung und Gutachter bevorzugen einen Neubau der Stadthalle.
Wie stehen Sie dazu?
2. Welche Kriterien sollten bei der Errichtung der neuen Stadthalle besonderes Gewicht erhalten?
3. Der Gutachter empfiehlt den Standort Banter See, da die Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zu Hotels und Gastronomie, die verkehrlichen Anbindungsmöglichkeiten und die Nähe zur Innenstadt für diesen Standort sprechen. Auch die empfohlene Nutzungskonzeption lässt sich dort am besten umsetzen.
Welchen Standort befürworten Sie? Warum?

Herr Tönjes beantragte aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der Temperatur eine **Sitzungsunterbrechung und Fortführung am Freitag, dem 26.06..**

Dieser Antrag wurde bei 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

10 Einwohnerfragestunde

10.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

10.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Die Frage einer Bürgerin zu den Kosten des Gutachtens zum Standort der neuen Stadthalle wurde von **Herrn Schönfelder** nicht zugelassen, da es sich hier nicht um einen Gegenstand der Tagesordnung handele.

Da keine weiteren Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:55 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin